

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

**Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
03. Rat 2014-2020
Sitzungsdatum:
11.09.2014**

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 11.09.2014

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch versammelte sich heute um 18:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.07.2014
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung
 - 2.1 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 17.10.2013 aus öffentlicher Sitzung
 - 2.2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 28.11.2013 aus öffentlicher Sitzung
 - 2.3 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 06.02.2014 aus öffentlicher Sitzung
3. Beschluss über die Gültigkeit der Wahl des Bürgermeisters und der Vertretung der Stadt Übach-Palenberg am 25. Mai 2014
4. Wahl einer Jury für das Projekt "Artist in Residence"
5. Vertrag über die Trägerschaft des AWO-Kindergartens Friedensstr. 15
hier: Anpassung des Vertrages von einer vier-auf eine sechsgruppige Einrichtung
6. Quartiersentwicklung Franz-von-Sales-Str., Selfkantstr., Im Winkel, Auf der Höhe
hier: Information zum Planungsstand
7. Bebauungsplan Nr. 71 - Carlstraße-Süd - 8. Änderung im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB
hier: erweiterter Aufstellungsbeschluss
8. Bebauungsplan Nr. 75 - Rathausplatz - 10. Änderung
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
9. 44. Änderung des Flächennutzungsplanes - Bebauungsplan Beyelsfeld I -
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung der frühzeitigen Öffentlichkeits- und

Behördenbeteiligung

10. Bebauungsplan Nr. 114 - Beyelsfeld I -
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung
 11. Gestaltungssatzung für den Bebauungsplan Nr 86 - Saarstraße -
hier: Untersuchung zur energetischen Verbesserung der Bestandsgebäude
 12. Anordnung einer Einwohnerversammlung zur Erneuerung der Waldstraße
 13. Anordnung einer Einwohnerversammlung zur Erneuerung der Röchlingstraße
 14. Widmung von Gemeindestraßen für den öffentlichen Verkehr
 15. Antrag der UWG-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 22.08.2013 betreffend Änderung der Handhabung des Aufstellens von Altkleidercontainern im Stadtgebiet
 16. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
hier: Arzneimittelrabatte nach § 1 AMRabG - Beteiligung am Klageverfahren der Beihilfekostenträger gegen Hersteller
 17. Erweiterungen zur Tagesordnung
 - 17.1 Antrag der FDP-USPD-Fraktion gem. § 4 GeschO vom 05. August 2014 betr. Verbreiterung der Kreuzung Carlsplatz zur Friedrich-Ebert-Straße
 - 17.2 Antrag der CDU-Fraktion gem. § 4 GeschO vom 01. September 2014 betr. Nutzung von Freiflächen durch Kindergärten
 - 17.3 Antrag der CDU-Fraktion gem. § 4 GeschO vom 01. September 2014 betr. Bahnverbindung Aachen - Düsseldorf/ Anhebung der Taktfrequenz
 - 17.4 Antrag der SPD-Fraktion gem. § 4 GeschO vom 01. September 2014 betr. Resolution an den Deutschen Bundestag zur geplanten Infrastrukturabgabe
 - 17.5 Jahresabschlüsse 2009-2011
 18. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
 19. Bericht des Kämmerers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg
 20. Bericht über die gesponserten Aktivitäten in Übach-Palenberg (1. Halbjahr 2014)
- B) Nichtöffentliche Sitzung**
21. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung
 - 21.1 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 17.10.2013 aus nichtöffentlicher Sitzung
 - 21.2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 28.11.2013 aus nichtöffentlicher Sitzung

- 21.3 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 06.02.2014 aus nichtöffentlicher Sitzung
- 22. Personalangelegenheit
- 22.1 Bestellung und Entpflichtung von Bediensteten als Prüfer der örtlichen Rechnungsprüfung
- 23. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 23.1 Ersatzbeschaffung für das Fahrzeug der Kanalbetriebskolonne
- 24. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
- 24.1 Bericht über die gesponserten Aktivitäten in Übach-Palenberg (1. Halbjahr 2014) nichtöffentliche Informationen

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Brigitte Appelrath	B'90/Die Grünen	
Herr Wolfgang Bien	UWG	
Herr Sven Bildhauer	SPD	
Herr Tim Böven	SPD	
Frau Martina Czervan-Quintana Schmidt		CDU
Herr Dr. Sascha Derichs	SPD	
Herr Herbert Fibus	SPD	
Herr Fred Fröschen	CDU	
Herr Josef Fröschen	CDU	
Herr Peter Fröschen	CDU	
Frau Karin Fürkötter	SPD	
Herr Herbert Görtz	CDU	
Herr Thomas Gottschalk	CDU	
Herr Gerhard Gudduschat	CDU	
Herr Walter Junker	CDU	
Herr René Langa	CDU	
Herr Dietmar Lux	CDU	
Herr Herbert Mlaker	FDP-USPD	
Herr Johannes Nievelstein	CDU	
Herr Alf Ingo Pickartz	SPD	
Herr Gerd Streichert	SPD	
Herr Oliver Walther	CDU	
Frau Corinna Weinhold	UWG	
Herr Heiner Weißborn	SPD	
Herr Artur Wörthmann	CDU	
Herr Hubert Wynands	CDU	

Abwesende Stadtverordnete

Herr Wolfgang Gudduschat	FDP-USPD
--------------------------	----------

Herr Robert Kohnen	CDU
Herr Frank Kozian	B'90/Die Grünen
Herr Hans-Georg Overländer	SPD
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen
Herr Wolfgang Schneider	SPD

Bürgermeister

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch

Verwaltungsbedienstete

Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz
Herr Kämmerer Björn Beeck
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen
Herr Stadtverwaltungsrat Thomas Schröder
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek

Schriftführerin

Frau Stadtamtfrau Kerstin Schade

Bürgermeister Jungnitsch teilte mit, dass heute ein Geburtstagskind unter ihnen sei. Er gratulierte der Stadtverordneten Appelrath herzlich zu ihrem Geburtstag und überreichte ihr einen Strauß Blumen.

Anschließend stellte er die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und den Vertreter der Presse.

Er wies auf die vorgesehene Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt 17.5 „Jahresabschlüsse 2009-2011“ im öffentlichen Teil hin und ließ hierüber abstimmen.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird um den Punkt 17.5 „Jahresabschlüsse 2009-2011“ im öffentlichen Teil erweitert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass die SPD-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** erklärte, dass die CDU-Fraktion ebenfalls am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass die UWG-Fraktion am Ende der nichtöffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

A) **Öffentliche Sitzung**

1. **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.07.2014**

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Rates vom 03.07.2014 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2. **Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung**

2.1 **Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 17.10.2013 aus öffentlicher Sitzung**

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 17.10.2013 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

2.2 **Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 28.11.2013 aus öffentlicher Sitzung**

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 28.11.2013 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

2.3 **Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 06.02.2014 aus öffentlicher Sitzung**

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 06.02.2014 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3. **Beschluss über die Gültigkeit der Wahl des Bürgermeisters und der Vertretung der Stadt Übach-Palenberg am 25. Mai 2014**

Beschluss:

Nach Vorprüfung durch den Wahlprüfungsausschuss wird aufgrund des § 40 Abs. 1 Buchst. d des Kommunalwahlgesetzes in der z. Z. geltenden Fassung die Wahl des Bürgermeisters und der Vertretung der Stadt Übach-Palenberg am 25 Mai 2014 für gültig erklärt.

Einsprüche gegen die Gültigkeit der Wahl sind nicht erhoben worden.

Gegen diesen Beschluss kann binnen eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

4. Wahl einer Jury für das Projekt "Artist in Residence"

Beschluss:

In die Fachjury zur Entscheidung über den Aufenthalt von Künstlerinnen/Künstlern im Rahmen des Projektes "Artists in Residence" in Schloss Zweibrücken werden:

- Frau Monika Eßer, Dammstraße 78, Übach-Palenberg,
- Frau Hedwig Klee, Carolus-Magnus-Allee 32, Übach-Palenberg
- Herr Hermann-Josef Mispelbaum, Talstraße 71, Übach-Palenberg

gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

5. Vertrag über die Trägerschaft des AWO-Kindergartens Friedensstr. 15 hier: Anpassung des Vertrages von einer vier- auf eine sechsgruppige Einrichtung

Beschluss:

Entsprechend des Antrages der AWO vom 15.08.2014 wird einer Vertragsanpassung unter Vorbehalt der Zustimmung der Kommunalaufsicht zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

6. Quartiersentwicklung Franz-von-Sales-Str., Selfkantstr., Im Winkel, Auf der Höhe hier: Information zum Planungsstand

Beschluss:

Die Planung wird zustimmend zur Kenntnis genommen (die Planung ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten). Die Verwaltung wird beauftragt, weitere Gespräche mit der VIVAWEST und der VOBA Wohnbau GmbH zu führen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

7. **Bebauungsplan Nr. 71 - Carlstraße-Süd - 8. Änderung im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB
hier: erweiterter Aufstellungsbeschluss**
-

Beschluss:

Der Aufstellungsbeschluss zur 8. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 71 – Carlstraße-Süd – im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB wird gefasst.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

8. **Bebauungsplan Nr. 75 - Rathausplatz - 10. Änderung
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss**
-

Beschluss:

1. Es wird festgestellt, dass im Rahmen der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB von Seiten der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen vorgebracht wurden.
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangene Stellungnahme wird entsprechend der Anlage 2.1 entschieden (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Die 10. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 75 – Rathausplatz - wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

9. **44. Änderung des Flächennutzungsplanes - Bebauungsplan Beyelsfeld I -
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung der frühzeitigen Öffentlichkeits-
und Behördenbeteiligung**
-

Beschluss:

1. Für den im Übersichtsplan dargestellten Bereich wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB die 44. Änderung des Flächennutzungsplanes – Bebauungsplan Beyelsfeld I – aufgestellt (der Übersichtsplan ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wird gem. § 3 Abs. 1 BauGB in Form eines Planaushangs von einem Monat mit Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung der Planung durchgeführt.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

10. **Bebauungsplan Nr. 114 - Beyelsfeld I -
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung der frühzeitigen Öffentlichkeits-
und Behördenbeteiligung**
-

Beschluss:

1. Für den im Übersichtsplan dargestellten Bereich wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB der Bebauungsplan Nr. 114 – Beyelsfeld I – aufgestellt (der Übersichtsplan ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wird gem. § 3 Abs. 1 BauGB in Form eines Planaushangs von einem Monat mit Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung der Planung durchgeführt. Vor dem Planaushang ist eine Einwohnerversammlung durchzuführen.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

11. **Gestaltungssatzung für den Bebauungsplan Nr 86 - Saarstraße -
hier: Untersuchung zur energetischen Verbesserung der Bestandsgebäude**
-

Beschluss:

Die vorliegende Gestaltungssatzung zum Bebauungsplan Nr. 86 Saarstraße wird beschlossen (die Gestaltungssatzung ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

12. Anordnung einer Einwohnerversammlung zur Erneuerung der Waldstraße

Bürgermeister Jungnitsch teilte als Termin für die Einwohnerversammlung den 06. November 2014, 19 Uhr, mit. Der Ort für die Einwohnerversammlung sei das Schulzentrum.

Beschluss:

Die Einwohnerversammlung zur Erneuerung der Waldstraße wird angeordnet.

Es wird wie folgt zur Einwohnerversammlung eingeladen: Zeitungsartikel und Anschreiben der Eigentümer.

Folgende Stadtverordnete nehmen an der Einwohnerversammlung teil:

Für die Fraktion der CDU: Stadtverordneter Fred Fröschen
 Stadtverordneter Gerhard Gudduschat

Für die Fraktion der SPD: Stadtverordnete Karin Fürkötter
 Stadtverordneter Heiner Weißborn

Für die Fraktion der UWG: Stadtverordneter Bien

Für die Fraktion

Bündnis 90/Die Grünen: Stadtverordneter Frank Kozian
Für die Fraktion FDP-USPD: Stadtverordneter Wolfgang Gudduschat
 Stadtverordneter Herbert Mlaker

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

13. Anordnung einer Einwohnerversammlung zur Erneuerung der Röchlingstraße

Bürgermeister Jungnitsch teilte als Termin für die Einwohnerversammlung den 10. November 2014, 19 Uhr, mit.

Beschluss:

Die Einwohnerversammlung zur Erneuerung der Röchlingstraße wird angeordnet.

Es wird wie folgt zur Einwohnerversammlung eingeladen: Zeitungsartikel und Anschreiben der Eigentümer.

Folgende Stadtverordnete nehmen an der Einwohnerversammlung teil:

Für die Fraktion der CDU: Stadtverordneter Fred Fröschen
 Stadtverordneter Josef Fröschen

Für die Fraktion der SPD:	Stadtverordneter Gerd Streichert Stadtverordneter Heiner Weißborn
Für die Fraktion der UWG:	Stadtverordneter Wolfgang Bien
Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:	Stadtverordnete Appelrath
Für die Fraktion FDP-USPD:	Stadtverordneter Herbert Mlaker Stadtverordneter Wolfgang Gudduschat

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

14. Widmung von Gemeindestraßen für den öffentlichen Verkehr

Beschluss:

Gemäß § 6 Abs. 1 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG) vom 23.09.1995 (GV.NRW.S.1028, ber. In GV.NRW 1996, S.81, S.141, S.216, S.355, ber. In GV.NRW 2007 S.327) in der zurzeit geltenden Fassung werden die im Eigentum der Stadt Übach-Palenberg stehenden Straßen

- 1) An der alten Schule (Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 19, Flurstück 721)**
- 2) Mommertzhäuschen (Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 19, Flurstück 731)**
- 3) Schafweide (Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 19, Flurstück 720)**
- 4) Boschstraße (Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 14, Flurstücke 532, 531, 426, 104, 161, 160, 159, 158)**
- 5) Talstraße (Gemarkung Übach-Palenberg, von Flur 13, Flurstück 126 bzw. Flur 13 Flurstück 628 bis Einmündung Boschstraße)**
- 6) F.W.-Raiffeisenstraße (Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 18 , Flurstück 229, 230, 228, 132, 133, 121, 107, 825)**
- 7) Otto-Hahn-Straße (Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 3, Flurstück 831)**
- 8) Carl-Benz-Straße (Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 3, Flurstück 829)**
- 9) Rudolf-Diesel-Straße (Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 3, Flurstück 828)**
- 10) David-Hansemann-Straße (Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 3, Flurstück 826)**
- 11) Am Wasserturm (Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 10, Flurstücke, 1463, 1308, 1139, 1309, 1153, 1444, 1459, 1639, 1644, 1640, 1545, 1498, 1641, 1497)**
- 12) Waubacher Weg (Gemarkung Übach-Palenberg, von Einmündung Grenzweg bis Flur 24, Flurstück 34/1 bzw. Flur 34 Flurstück 356) einschließlich Wendehammer (Flur 34 Nr. 355)**
- 13) Calvinstraße (Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 40, Flurstücke 851, 978, 61, 904)**
- 14) Martin-Lürkens-Straße (Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 40,**

- Flurstück 970)
15) Martin-Speel-Straße (Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 40, Flurstück 971)
16) Rolf-Kornetka-Straße (Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 40, Flurstück 969)
17) Josef-Fürkötter-Straße (Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 40, Flurstück 972)
18) Verlängerung Zeißstraße (Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 40, Flurstück 903)
19) Verlängerung Gaußstraße (Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 40, Flurstück 902)
20) Lange Hecke (Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 63, Flurstück 2423)
21) Wurmbenden (Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 32, Flurstück 467)

als Gemeindestraßen im Sinne von § 3 Abs. 1 Nr. 3 StrWG NRW eingestuft und dem öffentlichen Verkehr uneingeschränkt gewidmet. Sie haben entsprechend § 3 Abs. 4 Nr. 2 StrWG NRW die Funktion von Straßen, bei denen die Belange der Erschließung der anliegenden Grundstücke überwiegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

15. **Antrag der UWG-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 22.08.2013 betreffend Änderung der Handhabung des Aufstellens von Altkleidercontainern im Stadtgebiet**
-

Stadtverordnete **Weinhold** bedankte sich bei der Verwaltung für die ausführliche Recherche. Sie haben lange in der Fraktion über die Angelegenheit gesprochen und sich darauf geeinigt, den Antrag zurückzuziehen.

Ihre Intention sei es gewesen, die möglichen Einnahmen für den städtischen Schuldenabbau zu verwenden. Aber da es sich, wie aus der Sitzungsvorlage hervorgehe, bei Altkleidern um Abfall und nicht um Wertstoffe handele (was sie persönlich für eine Farce halte), würden die Erlöse im Gebührenhaushalt Abfallbeseitigung vereinnahmt werden. Da eine Verwendung der Erlöse zur allgemeinen Haushaltskonsolidierung nicht möglich und die Senkung der Müllabfuhrgebühren marginal sei, ziehe die UWG-Fraktion ihren Antrag zurück.

Sollte man heute zu dem Ergebnis kommen, die Standplätze weiterhin unentgeltlich der AWO zu überlassen, bitte sie jedoch darum, dass dann die gesamte Verantwortung auf die AWO übertragen werde, so dass die Angelegenheit für die Stadt kostenneutral sei.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** erklärte, die CDU-Fraktion hätte für die Variante 2 der Sitzungsvorlage gestimmt, aber da der Antrag zurückgezogen worden sei, bedürfe es ja nunmehr keiner Entscheidung.

Stadtverordneter **Mlaker** bat darum, dass die AWO künftig besser darauf achten

solle, dass die Stellplätze sauber bleiben und die Container regelmäßiger geleert werden.

Bürgermeister Jungnitsch wies darauf hin, dass die Verwaltung der AWO vor-sichthalber fristgerecht gekündigt habe, um für die Entscheidung in Bezug auf den Antrag alle Wege offen zu halten. Aber so wie er den Gesprächsverlauf interpretie-re, seien alle Anwesenden mit einer Weiterführung des Vertrages mit der AWO unter Berücksichtigung der genannten Hinweise einverstanden.

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

**16. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
hier: Arzneimittelrabatte nach § 1 AMRabG - Beteiligung am Klageverfahren
der Beihilfekostenträger gegen Hersteller**

Beschluss:

Die Dringlichkeitsentscheidung vom 11.07.2014 betr. Arzneimittelrabatte nach § 1 AMRabG – Beteiligung am Klageverfahren der Beihilfekostenträger gegen Hersteller wird genehmigt (die Dringlichkeitsentscheidung ist Be-standteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

17. Erweiterungen zur Tagesordnung

**17.1 Antrag der FDP-USPD-Fraktion gem. § 4 GeschO vom 05. August 2014 betr.
Verbreiterung der Kreuzung Carlsplatz zur Friedrich-Ebert-Straße**

Schriftführerin **Schade** verlas den Antrag (der Antrag ist Bestandteil der Sitzungs-unterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Stadtverordnete **Weinhold** merkte an, dass der Antrag zu spät gestellt werde. Hierüber hätte man während der Baustellenphase sprechen sollen. Sie gehe da-von aus, dass die Bürger froh wären, wenn jetzt hier keine neue Baustelle entste-hen würde. Man könne die Angelegenheit aber gerne im zuständigen Fachausschuss diskutieren.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, die SPD-Fraktion lehne eine Straßenverbrei-terung aus Kostengründen ab. Zudem würde eine Straßenverbreiterung zu Lasten des Gehweges oder der Parkflächen gehen. Weiterhin sei an der besagten Stelle nun nur noch das Rechtsabbiegen kommend vom Carlsplatz erlaubt. Dies ent-spanne die dortige Situation. Es empfehle sich jedoch ein Hinweis für die neue Verkehrsregelung. Vielleicht könne man bei der Polizei nach einem Papppolizisten fragen, um auf die neue Verkehrsführung aufmerksam zu machen.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** erklärte, die CDU-Fraktion unterstütze den vor-

liegenden Antrag, da auch sie die dortige Situation für problematisch halte. Es gehe ja zunächst auch nur um eine Überprüfung der Möglichkeit.

Stadtverordneter **Blaker** betonte, dass sich der Antrag zunächst nur auf eine Überprüfung beziehe. Es gehe noch nicht um eine Umsetzung.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, gegen eine reine Überprüfung und eine Besprechung im zuständigen Fachausschuss sei nichts einzuwenden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert zu überprüfen, ob die Kreuzung Carlsplatz zur Friedrich-Ebert-Straße verbreitert werden kann. Das Ergebnis wird im zuständigen Fachausschuss vorgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

17.2 Antrag der CDU-Fraktion gem. § 4 GeschO vom 01. September 2014 betr. Nutzung von Freiflächen durch Kindergärten

Schriftführerin **Schade** verlas den Antrag (der Antrag ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Stadtverordnete **Czervan-Quintana Schmidt** erklärte, Hintergrund des Antrages sei eine konkrete Anfrage eines Kindergartens gewesen. Daraufhin habe sie auch mit anderen Kindergärten gesprochen, die ebenfalls Interesse bekundeten.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, der Antrag sei grundsätzlich vernünftig. Die Angelegenheit sollte an den entsprechenden Fachausschuss verwiesen werden. Allerdings sollte vor einer Entscheidung, ob städtische Freiflächen hierfür genutzt werden können und sollen, auch geprüft werden, ob die Kindergärten hierfür nicht eigene Grünflächen haben.

Stadtverordnete **Weinhold** fragte, ob es überhaupt städtische Flächen gäbe, die dafür in Frage kämen.

Bürgermeister Jungnitsch antwortete, dies würde die Verwaltung bei einer Verweisung der Angelegenheit in den Fachausschuss für die dortige Beratung entsprechend überprüfen.

Beschluss:

Der Antrag wird an den zuständigen Fachausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

17.3 Antrag der CDU-Fraktion gem. § 4 GeschO vom 01. September 2014 betr. Bahnverbindung Aachen - Düsseldorf/ Anhebung der Taktfrequenz

Schriftführerin **Schade** verlas den Antrag (der Antrag ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Stadtverordneter **G. Gudduschat** erklärte, es sei ja bekannt, dass viele Studenten in Aachen keine Wohnungen mehr finden. Um Übach-Palenberg und auch die anderen an dieser Bahnlinie liegenden Städte als Wohnort für diese Studenten attraktiver zu machen, sei die Anhebung der Taktfrequenz in der Nacht wichtig.

Stadtverordneter **Weißborn** stimmte dem zu. Der vorliegende Antrag sei mehr als vernünftig.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, damit die Taktfrequenz der in der Nacht in Übach-Palenberg haltenden Personenzüge angehoben wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

17.4 Antrag der SPD-Fraktion gem. § 4 GeschO vom 01. September 2014 betr. Resolution an den Deutschen Bundestag zur geplanten Infrastrukturabgabe

Stadtverordneter **G. Gudduschat** erklärte, die CDU-Fraktion werde für den vorliegenden Antrag stimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Übach-Palenberg beschließt nachfolgende Resolution an den Deutschen Bundestag:

„Der Rat der Stadt Übach-Palenberg bittet den Deutschen Bundestag folgende Resolution zur Kenntnis zu nehmen und in seine Überlegungen einzubeziehen:

Wir lehnen das in Eckpunkten aus dem Bundesverkehrsministerium bekannte Gesetz zu einer „Infrastrukturabgabe“, besser bekannt als PKW-Maut, ab. Anders als im Koalitionsvertrag (S.39/40) verabredet und im Landtagswahlkampf in Bayern gefordert, will die CSU die kleinen Straßen auch mautpflichtig machen. „Zur zusätzlichen Finanzierung und des Ausbaus unseres Autobahnnetzes...“ sollen diese Einnahmen eingesetzt werden.

Die Beteuerungen des Ministers „Der kleine Grenzverkehr wird nicht beeinträchtigt“ können uns hier, in der Grenzregion zu den Niederlanden, nicht beruhigen. Es geht auch nicht nur um den kleinen Grenzverkehr. In unserem

Bereiche bestehen vielfältige soziale Kontakte. Die Menschen besuchen sich gegenseitig. Ausflüge zu den Nachbarn am Wochenende sind üblich. Schützenfeste, Stadtfeste, Museen, Konzerte, Ausflugsorte werden wechselseitig besucht. Diese Besuche würden bei Einführung dieser Maut dann zusätzlich 10 € (zehn Tage), 20 € (zwei Monate) oder einen noch unbestimmten Betrag für ein Jahr kosten.

Entlang der Grenze zu den Niederlanden sind Einkaufszentren entstanden. Unsere heimische Wirtschaft und damit auch unsere Stadt profitieren durch ein höheres Steueraufkommen von den Nachbarn. Politische und gesellschaftliche, verwandtschaftliche und freundschaftliche Kontakte über die Grenze hinweg werden mit diesen Plänen gefährdet.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den Niederlanden arbeiten bei uns genauso, wie unsere jenseits der Grenze oftmals einen Arbeitsplatz finden. Niederländische und deutsche Firmen beteiligen sich an europaweiten Ausschreibungen und sind gegenseitig am Ausbau der jeweiligen Infrastruktur beteiligt.

Als das Schengener Abkommen in Kraft trat, die Schlagbäume fielen und die Grenzkontrollen abgeschafft wurden, wuchsen die Menschen hier bei uns in der Region zusammen. Wir leben Europa, was nicht zuletzt auch durch unsere Partnerschaft mit der Gemeinde Landgraaf dokumentiert wird.

Durch das Bürokratiemonster PKW-Maut, mit seinem mittelalterlich anmutenden Wegezoll, wollen wir den europäischen Gedanken des Zusammenhalts nicht gefährden.

Bei Einführung einer solchen Maut ist zu befürchten, dass auch die Niederländer und die Belgier zu diesem Mittel greifen würden. Das würde die Menschen in unserer Region dann gleich doppelt betreffen.

Der Rat der Stadt Übach-Palenberg lehnt die PKW-Maut ab!“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

17.5 Jahresabschlüsse 2009-2011

Kämmerer **Beck** erläuterte, es handele sich hierbei lediglich um eine Formalie.

Der Rat habe damals bereits beschlossen, dass die Prüfung der Jahresabschlüsse durch einen externen Prüfer erfolgen solle.

18. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Jungnitsch bat die Ratsmitglieder, die noch nicht Mitglied im Partnerschaftsverein seien, dem Verein beizutreten. Entsprechende Anmeldebögen seien zu Beginn der Sitzung verteilt worden. Der Verein fördere die Partner-

schaften mit Landgraaf und Rosny-sous-Bois, was im Interesse der Stadt liege.

- - - - -

Bürgermeister Jungnitsch teilte mit, dass ihm eine Bürgerbeschwerde in Bezug auf den Grünschnitt in der Stadt zugegangen sei, die die Formulierung enthalte „wie aktuell auch von örtlichen Politikern in Facebook berichtet, lässt die derzeitige Grünflächenpflege in Übach-Palenberg zu wünschen übrig [...]“

Es sei seiner Meinung nach nicht in Ordnung, dass Ratsmitglieder sich so äußern. Er wolle daran erinnern, dass Übach-Palenberg immer noch Stärkungspaktkommune sei und dies Standardsenkungen zwangsweise mit sich bringe. Hierüber habe es entsprechende Ratsbeschlüsse gegeben. Man könne also jetzt nicht so tun als sei man nicht beteiligt gewesen.

Stadtverordneter **Malaker** schlug vor, noch einmal einen Artikel in Bezug auf den Grünschnitt im Amtsblatt zu veröffentlichen. Hier könne man die Situation erklären und auch für Eigeninitiativen der einzelnen Bürger werben.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, dies sei eine gute Idee. Es gebe bereits schon viele Patenschaften, für die er an dieser Stelle nochmals seinen herzlichsten Dank aussprechen wolle. Mit einem Artikel könne man hierfür vielleicht noch mehr Bürger gewinnen.

- - - - -

Bürgermeister Jungnitsch teilte mit, dass vor der Ratssitzung am 30.10.2014 eine Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 23.10.2014 angesetzt werde, da über die geplante Haushaltseinbringung hinaus nun noch weitere Punkte behandelt werden müssen, die allerdings einer Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss bedürfen.

- - - - -

Kämmerer **Beeck** teilte mit, dass der Bericht zur Umsetzung des Haushaltssanierungsplanes mit der Bezirksregierung abgestimmt worden sei. Der Bericht werde als Anlage der Niederschrift beigelegt.

19. Bericht des Kämmers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg

Insoweit wird auf die Sitzungsunterlagen verwiesen.

20. Bericht über die gesponserten Aktivitäten in Übach-Palenberg (1. Halbjahr 2014)

Insoweit wird auf die Sitzungsunterlagen verwiesen.

Kämmerer **Beeck** erläuterte, dass zum 30.06. immer ein Überhang an Spenden ausgewiesen werde, da diese erst in Veranstaltungen im zweiten Halbjahr fließen. Somit sei die vorliegende Aufstellung noch nicht aussagekräftig.

Anfragen

Anfrage der SPD-Fraktion:

Stadtverordneter **Dr. Derichs** erklärte, er sei irritiert gewesen über die im Nachgang zur Sitzung des Ausschusses für Kultur, Bildung und Soziales erfolgte örtliche Berichterstattung in Bezug auf die Schulsituation Baesweiler und Übach-Palenberg. Er würde gerne wissen, ob für die Verwaltung eine Kooperation mit Baesweiler in Bezug auf die Gesamtschule bereits klar sei?

Bürgermeister Jungnitsch bedankte sich für die Anfrage. Diese gebe ihm Gelegenheit, die Angelegenheit zu erklären. In der Presse sei so getan worden als ob es hier Geheimnisse gebe. Fakt sei, er habe einen Workshop für die Schulentwicklungsplanung zugesagt. Hierin könne dann auch über eine mögliche Kooperation mit Baesweiler gesprochen werden. Dies sei aber noch lange nicht Beschlusslage. Nichts sei bisher entschieden worden und bei dem Entscheidungsprozess werden alle eingebunden, auch die Schulleiter.

Stadtverordneter **Dr. Derichs** fragte nach, wie Bürgermeister Jungnitsch sich den Workshop vorstelle. Was sei das Ziel? Er habe gesagt, es solle über den Schulentwicklungsplan gesprochen werden. Bisher liege jedoch nur ein Entwurf vor. Im Ausschuss habe es bereits Anregungen gegeben, die aufgenommen und besprochen werden sollten. Es gehe hier seiner Meinung nach nicht nur um eine finanz- und schulpolitische Sicht, sondern auch um die pädagogische Seite.

Bürgermeister Jungnitsch antwortete, Ziel sei es, am Ende des Workshops den Schulentwicklungsplan vollständig diskutiert zu haben.

Anfrage der CDU-Fraktion:

Stadtverordneter **G. Gudduschat** bezog sich auf einen Presseartikel, in dem es hieß, heute werde eine Entscheidung über das alte Fraktionsgebäude getroffen. Dies sei falsch, da hierzu eine abschließende Entscheidung im Haupt- und Finanzausschuss getroffen worden sei. Er habe sich über die in dem Artikel enthaltenen Informationen gewundert, da diese aus der nichtöffentlichen Sitzung stammten. Wie sei der Redakteur an diese Zahlen gekommen. Er gehe doch wohl richtigerweise davon aus, dass die Infos nicht von der Verwaltung herausgegeben worden seien.

Bürgermeister Jungnitsch bestätigte dies. Er sei zwar von der Presse zu diesem Thema angesprochen worden, habe aber keine Auskünfte gegeben.

Bürgermeister Jungnitsch schloss um 18.52 Uhr die öffentliche Sitzung.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Jungnitsch** um 19.21 Uhr die Sitzung.

Jungnitsch
Bürgermeister

Schade
Schriftführerin